

Staatliche Leistungen

Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)

Die Entwicklung der Fallzahlen ist nahezu konstant. Für Schüler aus dem Alb-Donau-Kreis und dem Stadtkreis Ulm gibt es die Möglichkeit beim Landratsamt den Antrag nach dem BAföG zu stellen, wenn sie weiterführende allgemeinbildende Schulen ab Klasse 10, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Abendhauptschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachober-

schulen, Berufsaufbauschulen oder Kollegs besuchen.

Kostenträger sind zu 65 Prozent der Bund und zu 35 Prozent das Land Baden-Württemberg.

Die Rückforderungen von zu Unrecht erhaltenen Leistungen, die in Verbindung mit dem bundesweiten Datenabgleich stehen, machen im Zuständigkeitsbereich des Landratsamts im Jahre 2007 etwa 295.000 Euro aus.



Jahr	Alb-Donau-Kreis		Stadt Ulm		Gesamt	
	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand
2006	299	574.584 Euro	300	653.251 Euro	599	1.227.835 Euro
2007*	280	540.000 Euro	275	599.000 Euro	555	1.139.000 Euro

* Hochrechnung zum Jahresende

„Meister-BAföG“

Das Aufstiegsfortbildungsgesetz, auch „Meister-BAföG“ genannt, unterstützt Facharbeiter und Angestellte, die sich zum Meister, Techniker, Betriebswirt oder in anderen Positionen weiter qualifizieren wollen. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die drei Spit-

zenreiter bei der Antragsstellung sind derzeit die Techniker im Bereich Elektrotechnik, die Meister im Bereich Industrie und Metall sowie die Techniker im Maschinenbau. Auch hier ist das Landratsamt für den Alb-Donau-Kreis und für den Stadtkreis Ulm zuständig.



Jahr	Alb-Donau-Kreis		Stadt Ulm		Gesamt	
	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand
2006	217	341.785 Euro	132	159.212 Euro	349	500.997 Euro
2007*	195	307.000 Euro	140	168.000 Euro	335	475.000 Euro

* Hochrechnung zum Jahresende

Wohngeld

Beim Wohngeld ist das Landratsamt für den Alb-Donau-Kreis, ohne die Stadt Ehingen, zuständig. Die Stadt Ehingen bearbeitet für seine Bürger diese Leistungen in eigener Zuständigkeit.

Ein großer Teil der Wohngeldbezieher sind Alleinstehende, Alleinerziehende, Rentner und Menschen aus getrennt lebenden Familien. Dies entspricht auch der landesweit festgestellten Entwicklung.

Wohngeld wird in der Regel für zwölf Monate, und zwar ab dem 1. des Monats, in welchem der Antrag gestellt wurde, gewährt.

Jahr	Mietzuschuss		Lastenzuschuss (Wohneigentum)		Gesamt	
	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand	Anträge	Aufwand
2006	1.123	540.669 Euro	145	82.108 Euro	1.268	622.777 Euro
2007*	950	455.000 Euro	130	75.000 Euro	1.080	530.000 Euro

* Hochrechnung zum Jahresende

Kriegsopferversorgung

Zahl der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen ist erwartungsgemäß um rund 8 Prozent zurückgegangen. Zum Jahresende 2006 erhielten noch 3.166 Personen monatliche Rentenleistungen.

Rentenempfänger 2006

Alb-Donau-Kreis und Stadt Ulm	1.677
Landkreis Göppingen	1.489

Der Rückgang wird sich auch in 2007 in nahezu gleichem Umfang fortsetzen. Zum Jahresende dürfte sich die Zahl der Versorgungsempfänger auf 2.900 Personen reduzieren. In der Kriegsopferversorgung überwiegt noch die Zahl der Beschädigten (1.525) gegenüber der Anzahl der Witwen (1.362).

An Bundesmitteln wurden im Haushaltsjahr 2006 für Rentenleistungen in der gemeinsamen Dienststelle der beiden Landkreise Alb-Donau und Göppingen sowie der Stadt Ulm noch 15,34 Millionen Euro ausgegeben:

Gesamtausgaben Bundesversorgungsgesetz: 15,34 Millionen Euro

Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadt Ulm
8,18 Millionen Euro

Landkreis Göppingen
7,16 Millionen Euro

Der Rückgang der Zahl der Rentenempfänger hat sich in dessen in den Antragszahlen nicht niedergeschlagen. So ist die Zahl der Erstanträge von 84 im Jahr 2006 auf 88 angestiegen; diese Entwicklung spiegelt sich auch bei den Erhöhungsanträgen (Anstieg von 1.126 auf 1.246 in 2006). Bedingt durch das Alter der Kriegsbeschädigten nimmt die Zahl der Anträge auf Leistungen wegen Pflegebedürftigkeit kontinuierlich zu. Sie stiegen von 357 in 2005 auf 387 in 2006.

Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung wurden von 646 Versorgungsberechtigten in Anspruch genommen. Die ständigen Veränderungen im Gesundheitsbereich führen zu einem steigenden Beratungsbedarf des betreuten Personenkreises. Zurück-

gegangen ist die Zahl der erhobenen Widersprüche. Sie sanken von 73 auf 54. Der bis Ende September 2007 zu verzeichnende Antragseingang (1.070) lässt ei-

nen Antragsrückgang nicht erwarten; vielmehr dürfte sich dieser auf dem bisherigen Niveau stabilisieren.

Opferentschädigungsgesetz (OEG)

Zum Jahresende 2006 waren 170 versorgungsberechtigte Verbrechensopfer nach dem OEG anerkannt; 104 Berechtigte leben im Alb-Donau-Kreis einschließlich der Stadt Ulm und 66 Personen im Landkreis Göppingen.

- **Gesamtausgaben Opferentschädigungsgesetz 331.600 Euro**
- **Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadt Ulm 223.900 Euro**
- **Landkreis Göppingen 107.700 Euro**

Insgesamt waren im Jahr 2006 nach dem OEG 280 Erstanträge (einschließlich 89 Anträge aus den Vorjahren) zu bearbeiten; davon entfallen auf den

- Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadt Ulm **179 Anträge**
- Landkreis Göppingen **101 Anträge**

Der Antragseingang hat gegenüber dem Vergleichszeitraum weiter zugenommen. Bis Ende September 2007 wurden insgesamt 178 Neuanträge gestellt. Davon im

- Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadt Ulm **102 Anträge**
- Landkreis Göppingen **76 Anträge**

Waren im Jahr 2006 aufgrund von Sexual- und Tötungsdelikten 26 Anträge zu verzeichnen, lagen bis Ende September 2007 bereits 31 derartige Anträge vor. Die häufigsten Anträge sind auf körperliche Auseinandersetzungen unter Personen in der Altersgruppe von 18 bis 30 Jahren zurückzuführen. Die erlittenen Verletzungen führen meist nicht zu einer dauernden Rentenleistung, sondern erfordern eine Heilbehandlung. Aus Schadensersatzansprüchen des Landes gegen die Verursacher konnten 2006 rund 10.000 Euro vereinnahmt werden.

Orthopädische Versorgung

Im Rahmen der orthopädischen Versorgung erstreckt sich der Zuständigkeitsbereich des Landratsamts Alb-Donau-Kreis einschließlich der Stadt Ulm auch auf die Landkreise Biberach, Bodenseekreis, Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis, Ravensburg und Sigmaringen.

Die Zahl der orthopädisch Versorgten geht altersbedingt zurück. Zum Jahresende 2006 hatten 3.617 Personen Anspruch auf orthopädische Versorgung.

Der Rückgang spiegelt sich auch in den Antragszahlen. Während im Jahr 2005 noch 7.546 Anträge auch orthopädische Leistungen zu bearbeiten waren, sanken sie in 2006 auf 6.524.

Mit dem Älterwerden der Kriegsoffer wird sich der Antragseingang auch künftig reduzieren.